KOLLEGEN von DAIMLER INFORMIEREN

519

28. Juni 2012

Nachrichten & Meinungen, parteilich auf Seite der Kolleginnen und Kollegen, parteipolitisch unabhängig!
Geschrieben, hergestellt und verteilt von Kolleginnen und Kollegen des Bremer Mercedes Werkes.

35. Jahrgang

Fremdvergabe

Scheibchenweise - die Scheiben werden dicker!

So langsam merkt der Letzte, was der ehemalige Werkleiter Schabert, kurz vor seinem Wechsel zu neuen Herausforderungen als Werkleiter in Untertürkheim auf der Betriebsversammlung meinte, als er mitteilte er habe beauftragt, dass auch in den indirekten Bereichen KVP betrieben wird und alle Tätigkeiten auf den Prüfstand wären.

Sein Nachfolger hatte diesen Auftrag nicht nur bestätigt, sondern mit Nachdruck erneuert. Anfang diesen Monats zogen, vom Meistern bis zum Centerleiter, alle Führungskräfte der Logistik zur vormaligen Wirkungsstätte unsers ehemaligen Werkleiters nach Berlin zu einem Workshop, um zu sehen wie das Geschäft der Logistik effektiver (effizienter) zu betreiben ist. Das makabere: Im Werk Berlin ist die Logistik seit Jahren fremd vergeben!

Zurück in Bremen hatten die Führungskräfte als erstes den Auftrag ein sogenanntes „WIR-Gespräch" abzuhalten, in dem auch eine Kernaussage an die lieben Mitarbeiter rübergebracht werden sollte, die da lautete: Die Entwicklung der letzten Jahre (Fremdvergabe von Arbeiten an sogenannte „Externe Dienstleister" (EDL) werde weiter gehen, Aufgabe der Führungskräfte sei es für jeden Mitarbeiter einen, dem ausgeübten Eignungsprofil entsprechenden Arbeitsplatz in der Daimler AG zu finden.

Nachdem dieses „WIR-Gespräch" abgehalten wurde, wunderten sich Center- und Abteilungsleiter der Logistik tatsächlich, dass ihre lieben Mitarbeiter damit begannen Unterschriften zu sammeln, mit denen der Centerleiter aufgefordert wird, die Finger von der Logistik und jeden Arbeitsplatz im Werk zulassen. Die Verwunderung der Leiter ging so weit, dass sie der Überzeugung waren die Unruhe ihrer Mitarbeiter käme von Betriebsräten, die über noch gar nicht beschlossene Überlegungen informiert haben müssten.

Die schlichte Wahrheit ist allerdings, dass Betriebsräte seit Monaten fordern mal endlich umfassend über Planungsüberlegungen zu Fremdvergaben von Logistik- und anderen indirekten Arbeiten informiert zu werden. Bisher kursierten immer erst Gerüchte in den Hallen, die dann nach zähem Nachfragen, wenn es nicht mehr zu verheimlichen war bestätigt wurden. Den Kollegen blieb es im Frühjahr auch nicht verborgen, dass Reihenweise Menschen von fremden Logistikunternehmen durch die Werkshallen geführt wurden.

Die geforderte Information des Betriebsrates soll nun am 5.7. erfolgen und bis dahin soll von der Werkleitung auch keine weitere Entscheidung über eine Fremdvergabe beschlossen werden. Drei Dinge stehen für uns heute schon fest:

Die Befürchtungen über das Ausmaß der beabsichtigten Fremdvergaben sind mehr als berechtigt und werden höchstwahrscheinlich vom Werkleiter noch weit übertroffen.

Die legalen Mittel eines BR-Gremiums werden nicht ausreichen, die Fremdvergaben zu verhindern.

Unterschriftensammlungen drücken den Unmut der Belegschaft aus, sind daher für die Werk- und Centerleiter wahrscheinlich lästig, werden die Herrschaften aber nicht dazu bewegen, von ihrem Vorhaben abzulassen.

Fremdvergabe Funkschneise Rohbau SLK

Die Instandhaltung sowie Anlagenwartstätigkeiten des Rohbaues in der Funkschneise wurden 2010 fremd vergeben, mit der Begründung man habe nicht genügend eigens qualifiziertes Personal, um diese Aufgaben zu bewältigen. 2013 sollten die Arbeiten wieder mit eigenem Personal erledigt werden.

Jetzt, nach intensivem Nachfragen

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

und –bohren des Betriebsrates wurde ihm am 24.5. erklärt: Man habe Anlagenführer und Instandhaltungsumfänge bis 31.12.2013 fremd vergeben, eine Ausschreibung der weiteren Umfänge habe stattgefunden und wenn dazu Ergebnisse vorliegen, werde der BR weitere Informationen erhalten.

Fremdvergabe: Keine Beruhigung

„Einsatz EDL (Externe Dienstleister): die Entwicklung der letzten Jahre wird weitergehen, aber wir Führungskräfte kümmern uns darum, dass jeder Mitarbeiter nach seinem Einsatzprofil einen Arbeitsplatz bei der Daimler AG bekommt."

Diese Aussage im WIR-Gespräch der Logistik am 4.6.2012 ist genauso wenig ein Grund zur Beruhigung wie die Aussagen des Werkleiters Kellermann zu Kollegen, keiner brauche um seinen Arbeitsplatz fürchten, jeder werde gebraucht, als es um die Auswirkungen von KVP und HPV 30 ging.

Zur Verdeutlichung: Wir unterstellen **nicht,** dass Werk – und der Centerleiter der Logistik nicht meinen würden, was sie gesagt haben. Tatsächlich wird – auch wenn die Fremdvergaben durchgezogen werden sollten - jeder gebraucht werden, schließlich wird bei den geplanten Stückzahlen (und wenn der Absatz denn so bleibt) an allen Ecken und Kanten das notwendige Personal fehlen. So wie es heute schon fehlt und so, wie es nun schon seit wenigstens 3 Jahren fehlt!

Aber: Die Fremdvergabe von indirekten Tätigkeiten ist kein Beitrag für Kollegen mit Einsatzeinschränkungen einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden, ist kein Beitrag die Belastungen an den vorhandenen Arbeitsplätzen (ob nun in der Produktion oder im indirekten Bereich) zu minimieren. Die Fremdvergabe ist ein Beitrag die Leistungsschraube für jeden noch weiter anzuziehen – deshalb geht sie jeden an und deshalb muss die Fremdvergabe gestoppt werden.

Thomas Fricke – Entsendet Merkel nach Athen

Die Kanzlerin pocht auf einen harten Sparkurs in den Ländern, in denen sie nicht gewählt werden muss. Es wäre für alle besser, wir würden sie gleich zum Regieren rüberschicken.

Das Image sitzt: Unsere Kanzlerin ist die eiserne Lady, eine unbeugsame Kanzlerin des harten Sparens, der schmerzhaften Vorgaben und Reformen. Und das Tolle ist, dass sie wohl die Erste ist, die trotzdem beim Volk beliebt ist. Zumindest beim eigenen.

Denn der harte Kurs, den Angela Merkel empfiehlt, wird ja nicht hier und von ihr, sondern anderswo und von anderen umgesetzt. Und die müssen sich dafür bei den eigenen und nicht bei Merkels Wählern verantworten. Hier könnte im Kern sogar das Drama dieser Tage liegen. Immerhin gibt es ja Erfahrungswerte, die vermuten lassen, dass unsere Kanzlerin selbst eine andere Politik machen würde – wenn es im eigenen Land nach zwei Jahren Krisenpolitik doppelt so viele Arbeitslose gäbe.

Dann wäre es, um die Euro-Krisen-Spirale endlich zu stoppen, vielleicht das Beste, wir würden mal einen Ämtertausch machen und Merkel für ein Jahr nach Griechenland schicken. Versprochen, liebe Griechen, ihr dürft sie auch zurückgeben. Wahrscheinlich würde es euch danach aber besser gehen. Und uns auch. [...]

Wahrscheinlich dürfte Kanzlerin Merkelopoulos nach einem Ämtertausch in atemberaubendem Tempo alles daran setzen, das griechische Austeritätspaket aufzuschnüren, in Brüssel eine Streckung der Abbaupläne zu erwirken, die Rettungsschirme aufzustocken und vielleicht sogar eine Abwrackprämie für alte hellenische Hotels einzuführen. Was sie nach aller Erfahrung sogar durchbekäme, wenn man zum Maßstab nimmt, wie viele Typen sie bei uns schon, sagen wir, überzeugt hat. Die Frau ist darin ziemlich gut.

Vielleicht wäre Frau Merkelopoulos nach ein paar Monaten in Athen auch ziemlich genervt von den Deutschen, die ständig jammern, wie viel sie als deutsche Steuerzahler an die Griechen zahlen. Zumindest, wenn sie beim griechischen Finanzminister mal nachfragt und dann feststellen muss, dass der deutsche Kollege bislang ja nur Kredite vergeben (und nichts verschenkt) hat, die er sich auch noch ordentlich verzinsen lässt. Weshalb der griechische Steuerzahler dreistellige Millionenbeträge nach Deutschland geschickt hat, nicht umgekehrt. Da würden Sie Frau Merkelopoulos aber mal kennenlernen.

Quelle: FTD Wirtschaftswunder

Gefunden auf: Nachdenkseite vom 22.06.2012

Massiver Versuch, das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken

Am 7.6. hatten Werkschutzkollegen offenbar den Auftrag die Verteiler des Kollegeninfos beim Verteilen zu behindern und von den Werkstoren zu vertreiben!

Mit der Begründung auch vor dem Werkstor sei Werksgelände und das Verteilen von diesen Flugblättern sei von Unternehmen nicht erwünscht und genehmigt wurden wir aufgefordert die Verteilung einzustellen oder die Infos auf öffentlichem Gelände vor den Parkplätzen zu verteilen. Gedroht wurde auch, man werde die Polizei holen, um uns entfernen zu lassen, sollten wir dieser Aufforderung nicht nachkommen!

Nun die Polizei wurde wohl doch nicht gerufen, obwohl wir dieser Aufforderung nicht nachkamen – genervt und beim Verteilen behindert hatte uns diese Aktion der Geschäftsleitung trotzdem, schließlich haben wir beim Verteilen genug zutun jedem der will ein Kollegeninfo in die Hand zu drücken, da stören natürlich solche Diskussionen mit Kollegen vom Werkschutz, die ja nichts für solche Aufträge können.

Es ist schon kurios:

Seit 35 Jahren werden von uns Kollegeninfos verteilt. 517 Ausgaben des Kollegeninfos waren von den Werkleitungen sicher nicht erwünscht und auch nicht genehmigt – wurden von aber vor dem Werkstor verteilt, höchstens beeinträchtigt von widrigen Wetterverhältnissen. Und auf einmal wird versucht das Verteilen zu unterbinden.

Seit mehr als 40 Jahren werden an den Werkstoren Blätter verteilt, von den unterschiedlichsten Gruppierungen und Parteien, selbst Werbung für Kochtöpfe und Mobilfunkanbieter wurde schon verteilt und blieben unseres Wissens immer unbehelligt plötzlich versucht die Werkleitung das Verteilen vor dem Werkstor zu verbieten. Der Versuch das Recht auf eine freie Meinungsäußerung einzuschränken traf nicht nur uns sondern galt auch schon anderen Blättern. Seit etwa 5 Wochen blieben lediglich die PROFIL und die Kopfstütze bislang **(noch ?? !!)** von diesen Attacken verschont.

Was hat sich geändert, dass plötzlich versucht wird das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken?

Nicht geändert hat sich die Tatsache, dass die Parkplätze für die lieben Mitarbeiter vor dem Werkszaun liegen. Das Unternehmen verlegt ganz bewußt den Werkszaun nicht an die öffentliche Straße (zäunt die Parkplätze also nicht ein und legt sie sich nicht ins Werksgelände), um nicht für eventuelle entstehende Schäden an den geparkten Fahrzeugen aufkommen zu müssen.

Aber um das Verteilen von nicht genehmen Meinungsäußerungen behindern zu können, wird plötzlich das Hoheitsgebiet vor den Werkszaun gelegt und beansprucht und sogar die Gefährdung des sicheren Anfahrweges für die lieben Mitarbeiter in Kauf genommen und sogar verlangt.

In ganz Europa ist die Einschränkung von Demokratie und demokratischen Rechten feststellbar, die aktuellen Versuche das Verteilen vor dem Werkstor zu unterbinden dort einzuordnen ist wahrscheinlich etwas weit hergeholt – es ist für uns aber der Versuch das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken und ein Indiz dafür, dass sich in der Geschäftsleitung die Mentalität des „Und der Herr im Haus bin ich –Standpunktes“ breit macht.

Übrigens ist dies wiederum so neu nicht:

Das Verteilen des Kollegeninfos vor dem Werkstor wurde zwar bei 517 Ausgaben des Kollegeninfos vom Unternehmer nicht behindert. Aber vor 31 Jahren meinte auch so ein „Der Herr im Haus bin ich“ er könne das Verteilen unserer Blätter verbieten – damals ging es um das Verteilen hinter dem Werkszaun vor der Betriebsratswahl. Dieses Recht mußten wir zunächst am 24.3.81 mit dem Erwirken einer einstweiligen Verfügung durchsetzen. Zur gleichen Sache gab uns dann am 15.12.82 die 2. Kammer des Landesarbeitsgerichtes in einer Grundsatzentscheidung recht! Zu dem Standpunkt der damaligen Werk- und Personalleitung, wir hätten vor dem Verteilen unserer Standpunkte auf dem Werksgelände unser Blatt der Werkleitung vorlegen und um Genehmigung bitten müssen berichtete der Weser Kurier am 16.12.82 der Richter habe süffisant festgestellt: „ Da muß man schon ein wahres Auslegungsgenie sein.“

Wir haben uns damals nicht unser Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen oder auch nur verbiegen lassen und dazu sind wir auch 31 Jahre später nicht bereit!

Opel will bei Werksschließung 500 Mio Euro für Personalabbau zahlen

Bochum. Der angeschlagene Autobauer Opel will sich die Schließung des Bochumer Werks 500 Millionen Euro allein für den Personalbabau kosten lassen, sagte Betriebsratsvorsitzender Rainer Einenkel der WAZ gegenüber. Eine weitere halbe Milliarde Euro müsse die Firma für sonstige Schließungskosten einkalkulieren. Am Samstag verließen rund 2000 Opelaner vorzeitig die Belegschaftsversammlung im Bochumer RuhrCongress, weil der anwesende Opel-Chef Stracke keine Zusage für eine weitere Produktionsplanung mit dem Bochumer Werk über 2016 hinaus machte.

Opel will für die Schließung des Bochumer Werks allein für den Personalabbau rund 500 Millionen Euro bereitstellen. Diese Zahl gab Betriebsratsvorsitzender Rainer Einenkel während der Belegschaftsversammlung am Samstag im Bochumer RuhrCongress bekannt. Weil weder Opel-Chef Karl-Friedrich Stracke noch sein Personalvorstand Holger Kimmes, beide anwesend, eine Bestandsgarantie für das Werk Bochum über das Jahr 2016 hinaus abgaben, verließen die rund 2000 Opelaner aus Protest nach nur anderthalb Stunden die Versammlung.

„Mir liegen Pläne zur Schließung des Bochumer Werks vor", bestätigte Einenkel der WAZ Mediengruppe gegenüber. „Aber eine Schließung würde für General Motors ein Milliardengrab werden." Denn zu den 500 Millionen Euro für den Personalabbau käme mindestens noch einmal die gleiche Summe für die „klassischen Schließungskosten", darunter für die Sanierung des Bergbaugeländes. „Wer so plant, muss krank sein", kritisierte der Betriebsratschef. „Das Geld könnte man viel besser für eine weitere Produktion in Bochum nutzen."

Die Stimmung am Samstag war vor der Versammlung, die um acht Uhr morgens begann, durch eine Demonstration von Familienangehörigen vieler Opelaner vorgeheizt. Drinnen im großen Saal redete Einenkel in Richtung Vorstand Klartext: „Eine Wischiwaschi-Rede wollen wir nicht. Sie brauchen heute nicht viel zu sagen, Sie müssen nur das Richtige sagen, nämlich: ‚Diese Schließungsplanungen kommen vom Tisch, wir bekommen neue Modelle'."

Doch genau das passierte nicht. Opel-Chef Stracke, mit dem Bochumer Werk selbst durch jahrelange Mitarbeit in der Führungsetage verbunden, sagte kein einziges Wort zu seinen Mitarbeitern und früheren Kollegen. Er habe sich nur wie ein Gast verhalten. Dann wurde Personalvorstand Kimmes aufgefordert, Signal zu geben, ob er sich äußern wolle. Einenkel über dessen Reaktion: „Ich habe das so verstanden, dass er nichts sagen will oder darf."

Enttäuscht und aufgebracht verließen die 2000 Opel-Mitarbeiter daraufhin vorzeitig die Versammlung, die, weil außer dem Vorstand in der ersten Reihe kaum noch einer da war, vorzeitig beendet wurde. Um 9.30 Uhr schloss der Versammlungsleiter die Veranstaltung, „weil der Charakter einer Versammlung nicht mehr vorhanden ist".

Zur Opel-Aufsichtsratssitzung am 28. Juni bemerkte Einenkel: Entscheidend wird sein, dass dort kein Schließungsplan für das Bochumer Werk zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Das wäre eine Kriegserklärung an Bochum und das würde die Marke kaputt machen." Sollte der Aufsichtsrat die Schließung nicht beschließen, „können wir wieder verhandeln".

Rolf Hartmann

Quelle: WAZ, 16.06.2012

KOLLEGEN von DAIMLER INFORMIEREN
Ausgabe 519

Das Info ist parteilich auf der Seite der KollegInnen, aber parteipolitisch unabhängig! Das Kollegeninfo erscheint regelmäßig, wenn es voll ist. Diese Ausgabe erschien im 35. Jahrgang am: 28.06.2012. Es ist die 519. Ausgabe!
Das Kollegeninfo wird geschrieben, hergestellt und verteilt von KollegInnen des Bremer Mercedes-Werkes. Kontakt:

Joachim Kammlott, Helmut Krug, Matthias Puschmann, Kerstin Steenken, Claus Wessels

V.i.S.d.P.:
Rainer Baues,
Hast. Osterdeich 158,
28207 Bremen

www.kollegeninfo.de

Ferienzeit

Allen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir einen tollen Urlaub! Eines steht aber jetzt schon wieder fest: Auch dieser Urlaub wird mal wieder viel zu kurz sein. Diejenigen, die ihren Urlaub leider schon wieder hinter sich haben, werden es bestätigen können.